

Dienstag, 08. August 2023, Wolfhager Allgemeine / Titelseite

# **Pflegeheime in der Krise**

**Geringe Auslastung wegen Personalmangels bereitet Sorgen**

VON PAUL BRÖKER



Michael Schmidt Geschäftsführer Awo Nordhessen

**Kreis Kassel** – Seniorenheime, die in Schieflage geraten, sind keine Seltenheit mehr. Im Januar meldete der Betreiber des Heims am Kasseler Lindenberg, die Bremer Convivo-Gruppe, Insolvenz an. Selbst Schließungen wie in Zierenberg, wo Ende August das Seniorenheim Viadukt dichtmacht, sind keine Einzelfälle mehr.

Seit Anfang 2021 haben 25 Pflegeheime in Hessen den Betrieb eingestellt, wie aus der Antwort von Sozialminister Kai Klose (Grüne) auf eine Kleine An-

frage des fraktionslosen Landtagsmitglieds Rainer Rahn hervorgeht.

„Die Hauptursache dafür ist die geringe Auslastung der Heime“, erklärt Michael Schmidt, Geschäftsführer der Awo Nordhessen, die 30 stationäre Heime in Nordhessen betreibt.

In der Coronazeit hätten viele Beschäftigte den Pflegesektor verlassen. Mit unzureichendem Personal ließen sich wiederum die Heime nicht genug belegen. Das Problem: „Grundlage für die Berechnung der Pflegesätze ist eine Auslastungsquote von 98 Prozent“, sagt Schmidt. Diese Quote könne kaum eine Einrichtung erreichen. Seine Forderung: Die Auslastungsquote zur Berechnung der Pflegesätze sollte auf 90 Prozent gesenkt werden.

„Wir haben vor allem an der Personalfront zu kämpfen“, bestätigt Christiane Gahr, Sprecherin der Evangelischen Altenhilfe Gesundbrunnen in Hofgeismar. Da Personal fehle, müssten teure Leiharbeiter eingesetzt werden. Nicht versorgte Betten würden nicht mehr belegt. So habe die Belegung beim Gesundbrunnen im ersten Quartal unter 95 Prozent betragen, was auch an der Jahreszeit liege. Zuletzt habe man wieder über 95 Prozent erreicht. Früher seien 98 Prozent üblich gewesen.

Das 2022 eingeführte Tariftreuegesetz sei für gemeinnützige Träger, die vorher bereits nach Tarif bezahlten, vorteilhaft, sagt Gesundbrunnen-Leiter Klaus Vering. Viele Jahre lang seien sie auf ihren Kosten liegen geblieben, da sie nach Tarif bezahlten, die Pflegekassen aber nur den durchschnittlichen Preis für Pflegeleistungen bezahlten. Heime könnten nun nicht mehr bei ihren Mitarbeitern sparen, was ihre Kalkulation unter Druck setze. → SEITE 3

Dienstag, 08. August 2023, Wolfhager Allgemeine / Lokales

## „Reförmchen“ nicht ausreichend

**MEHR ZUM THEMA - Pflegeheime im Landkreis ächzen unter Personalnot**

VON PAUL BRÖKER



Viel Arbeit und wenige Mitarbeiter: Pflegefachkraft Marc Scheele versorgt im Theodor-Weiss-Haus der Evangelischen Altenhilfe Gesundbrunnen in Hofgeismar das Ehepaar Hans-Adolf und Liselotte Rödde. Fotos: Paul Bröker (3)

**Kreis Kassel** – „Wir sind froh, dass das Tariftreuegesetz im vergangenen Jahr in Kraft getreten ist“, sagt Andrea Roth, Geschäftsführerin der ASB Wohnen und Pflege GmbH, die unter anderem in Lohfelden, Bad Emstal und Baunatal-Guntershausen Pflegeheime betreibt. Denn: „Pflege muss gut entlohnt werden.“

Dennoch sei der Markt an Pflegefachkräften leer gefegt. Auch Menschen ohne spezielle Qualifikation, die Interesse am Umgang mit älteren Menschen

hätten, seien rar gesät. „Dieser schwierigen, verantwortungsvollen Aufgabe hält nicht jeder stand“, sagt Roth.

Auch der Evangelischen Altenhilfe Gesundbrunnen in Hofgeismar sind diese Probleme vertraut. Zwar könnten seit 1. Juli dieses Jahres mit der neuen Vorgabe zur Personalbemessung in der Pflege (PeBeM) Stellen über die bisherige Bedarfsannahme hinaus besetzt werden. „Somit könnte perspektivisch eine andere Pflege als heute geleistet werden“, ist Leiter Klaus Vering überzeugt. Aber: „Heute sind wir davon weit entfernt.“

Die Warteliste mit Interessenten, die einziehen wollen, fülle sich immer weiter. Die Frage, wie viele Betten man überhaupt brauche, stelle sich gar nicht mehr. „Wir bekommen mittlerweile Anfragen aus Hildesheim“, berichtet Vering. Daher werde jeder Mitarbeiter gebraucht. Doch: „Selbst Hilfskräfte sind schwer zu bekommen“, erklärt sein Kollege Ralf Pfannkuche, Geschäftsführer der Betreibergesellschaft.

Problem sei auch, dass viele Pflegekräfte mittlerweile frühzeitig in Rente gehen, sagt ASB-Geschäftsführerin Andrea Roth. „Die Belastung ist so hoch, da verzichten sie sogar auf Rentenpunkte.“ Schon heute gehe die Babyboomer-Generation in ihre Regelarbeitsrente oder verlasse die Heime vorzeitig.

In den ASB-Heimen gebe es zwar zum Glück noch ausreichend Mitarbeiter. So kann die Belegung, die für einen kosteneffizienten Betrieb ausschlaggebend ist, sichergestellt werden. Aber: „Die Angehörigen sind zögerlicher geworden“, stellt Roth für ihre Heime fest. „Corona, hohe Kosten und ein schlechtes Bild der Pflegeheime in der Öffentlichkeit. Die negativen Berichte über schlechte Arbeitsbedingungen und Personalnotstand in der Pflege schrecken viele ab und erst viel später findet ein Einzug statt.“ Sie mahnt zu einem positiveren Bild von den Heimen.

„Bei uns erleben die Bewohner Spaß und gewinnen Lebensqualität“, so Roth. Ihnen würden mannigfaltige Veranstaltungen geboten: von Zeitungsrunden, Kino-Besuchen bis hin zu Ausflügen und gemeinsamem Essen.

Abgesehen von der Personalsituation belasteten aber auch die auf breiter Front gestiegenen Kosten die Häuser. Die Inflation, die im Zuge des Ukraine-Kriegs sprunghaft angestiegen ist, wirke sich auf alle Bereiche aus: Energie, Lebensmittel, Medizinprodukte, Wäscherei, Fahrdienste, Fensterreiniger und noch viel mehr. „Eben alle Gewerke, die für den Betrieb der Heime wichtig

sind.“

Dennoch könnten die Kosten getragen werden. Jährlich würden die Pflegesätze mit den Pflegekassen neu verhandelt und somit die Refinanzierung sichergestellt. Einen Gewinn müsse der ASB ja ohnehin nicht erwirtschaften als gemeinnütziger Verband. „Wir reichen das Geld nur durch“, erklärt Roth.

Für die Heimbewohner bedeuten die gestiegenen Kosten jedoch zusätzliche Belastung. Schließlich ist der Beitragssatz der Pflegeversicherung gedeckelt. „Den Rest müssen die Heimbewohner oder deren Angehörige selbst tragen.“ Doch das sei für immer weniger Menschen machbar. „Wir raten daher unseren Bewohnern, vorsorglich einen Sozialhilfeantrag zu stellen.“

Mittlerweile zahlten die Kommunen bei fast zwei Dritteln aller Pflegebedürftigen Sozialhilfe. „Früher lag die Quote bei der Hälfte“, erklärt Gesundbrunnensprecherin Christiane Gahr. „Vielen ist der Gang zum Sozialamt jedoch unangenehm.“ Die gefühlte Belastung bleibe bei den Hilfebedürftigen.

Für einen grundlegenden Wandel brauche es mehr als das „Pflegerereformchen“, das die Bundesregierung angestoßen habe, sagt Ralf Pfannkuche. Die Träger forderten beispielsweise eine echte Vollkaskoversicherung für die Pflege. „Ein Sockel-Spitze-Tausch“, so Pfannkuche. Heute würden die Kassen lediglich einen Fixbeitrag je nach Pflegegrad zahlen und alles darüber hinaus zahlten die Bewohner oder deren Angehörige. Zukünftig, wünschen sich Pfannkuche und andere Pflegeheimbetreiber, sollten die Bewohner lediglich einen Fixbetrag zahlen und die Vollkasko trüge dann die variablen Mehrkosten. Foto: ASB/nh